

presse

Amflorakartoffel-Anbau ohne Regeln: Ministerin Aigners Untätigkeit ist verantwortungslos

Zum Start des Anbaus von Amflora-Kartoffeln erklärt die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Elvira Drobinski-Weiß:

Die EU-Zulassung der gentechnisch veränderten Industriekartoffel Amflora war eigentlich an Bedingungen geknüpft, die von der deutschen Delegation beim EU-Rat 2007 formuliert wurde. Keine dieser Bedingungen ist erfüllt, sogar in Lebensmitteln darf sie bis zu einem Toleranzwert auftauchen. Elvira Drobinski-Weiß sagt, die Bundesregierung handele verantwortungslos, denn die zuständige Ministerin Aigner tut nichts dagegen.

Schlimm genug, dass es allen Bedenken zum trotz zum Anbau von Amflora kommt. Dass die Bundesregierung aber nicht einmal konkrete Anbauregelungen für diese Kartoffel erlassen hat, ist ein Skandal.

Niemand will die gentechnisch veränderte Industriekartoffel Amflora, niemand braucht sie. Auch die Wirtschaft hat kein Interesse an dieser Kartoffel, die ein Antibiotikaresistenzgen enthält. Viel zu groß ist das Risiko, dass solche Kartoffeln in die Lebensmittelkette geraten.

Bei der Abstimmung im EU-Rat Juli 2007 zur Amflora hatte die deutsche Delegation die Zustimmung zur Zulassung an einige Bedingungen geknüpft, die in einer Protokollnotiz festgehalten wurden:

- Die Zulassung sollte weder die Verwendung als Futtermittel noch als Lebensmittel beinhalten;
- Das Fernhalten des in der Amflora enthaltene Antibiotikaresistenz-

Markergen aus Lebensmittel- und Futtermittelkette sollte oberste Priorität haben;

- Aus sorgfältigen Untersuchungen sollten unter Beteiligung aller interessierten Kreise konkrete Anforderungen für Anbau, Lagerung, Transport und sonstigen Umgang sowie Weiterverarbeitung der Amflora erarbeitet werden, die jegliche Vermischung von Amflora mit konventionellen Kartoffeln und Einträge in die Futtermittel- und Lebensmittelkette zuverlässig vermeiden;
- In einem Monitoring sollten die Auswirkungen auf die Bodenökologie genau beobachtet werden, damit keine Resistenzgene in nachfolgend angebaute Pflanzen und darüber in die Nahrungskette gelangen.

Keine einzige dieser Bedingungen wurde erfüllt. Im Gegenteil, die EU-Zulassung sieht ausdrücklich die Verwendung der Abfälle zu Futterzwecken vor, und beinhaltet sogar einen Toleranzwert von 0,9 Prozent für Lebensmittel.

Und was unternimmt die zuständige Ministerin? Nichts. Die Bundesregierung versagt auf ganzer Linie und wird ihrer Verantwortung nicht gerecht.